

Politische Bildung im Rahmen der UN-Dekade der Bildung für nachhaltige Entwicklung

Stand und Perspektiven

von *Andreas Brunold* und *Bernhard Ohlmeier*



Dr. Andreas Brunold ist Professor für Politische Bildung und Politikdidaktik an der Universität Augsburg; Arbeitsschwerpunkte: Globales Lernen, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Politische Partizipation u.a.



Dr. Bernhard Ohlmeier ist Akademischer Rat an der Professur für Politische Bildung und Politikdidaktik der Universität Augsburg; Arbeitsschwerpunkte: Bildung für nachhaltige Entwicklung, Demokratie-Lernen u.a.

Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung im gesellschaftspolitischen Diskurs

Dem Politikziel der nachhaltigen Entwicklung werden in der Regel drei unterschiedliche Problemdimensionen zugeschrieben, und zwar die *ökonomische*, *ökologische* und *gesellschaftliche* Dimension, daneben aber auch weitergehend die *kulturelle* und *politische*. Die wissenschaftliche und die politische Diskussion um die inhaltliche Ausgestaltung der Nachhaltigkeit sowie die prak-

tische Umsetzung kreisen dabei wesentlich um deren unterschiedliche Gewichtung:

- Die ökonomische Dimension konzentriert sich im Sinne der Kapitalerhaltung auf langfristige Erträge, die aus der Nutzung vorhandener Ressourcen erwachsen. Sie grenzt sich dadurch von einer auf kurzfristige Gewinne setzenden Logik stetigen Wirtschaftswachstums ab, deren Unabdingbarkeit in der internationalen Wirtschaftspolitik immer wieder als

grundlegende Entwicklungsvoraussetzung beschworen wird.

- Die ökologische Dimension betont demgegenüber den mit materiellen Maßstäben schwer fassbaren Wert der Natur sowie die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen. Daraus leitet sich nicht nur die wirtschaftliche Notwendigkeit ab, das Naturkapital weitestgehend zu erhalten, sondern allgemein die ökologischen Bedingungen des menschlichen Überlebens zu sichern. Im Sinne eines qualitativen Verständnisses wirtschaftlicher Entwicklung und unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips sind demnach die ökologischen Kosten von Produktion und Konsum in den Bilanzen der Wirtschaft nicht mehr als externe sondern als interne Kosten zu berücksichtigen.
- Die gesellschaftliche Dimension stellt die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit in den Mittelpunkt. Diese bezieht sich auf den Zugang zu wirtschaftlichem Wohlstand und ökologischen Ressourcen sowohl innerhalb einzelner Länder und Gesellschaften als auch im globalen Verteilungskonflikt zwischen den Industrieländern im Norden und den Schwellen- und Entwicklungsländern im Süden. Es finden ethisch-moralisch begründete Abwägungsprozesse statt, die sich v.a. auf die Grundbedürfnisbefriedigung der gegenwärtig Lebenden als auch auf die der zukünftigen Generationen beziehen (intra- und intergenerationelles Gerechtigkeitspostulat).

Wo konkret die Grenzen der Nutzung des Naturvermögens liegen und welche Managementregeln für eine nachhaltig zukunftsfähige Entwicklung (Enquete-Kommission 1994, S. 26 ff.) aufgestellt werden können, ergibt sich nicht allein aus ökologischen Gesetzmäßigkeiten und naturwissenschaftlichen Forschungserkenntnissen. Diese werden vielmehr in einem *gesellschaftspolitischen Zielfindungsprozess* festgelegt, bei dem Gesichtspunkte wie ökonomische Kosten-Nutzen-Abwägungen, ethisch-moralische Bewertungen, sozialverträgliche Aspekte, Risikoüberlegungen sowie Macht- und Gruppeninteressen eine Rolle spielen. Hier gelten

Maximen, welche die Reduktionsziele in eine normative Vision von Rahmenparametern einbetten (vgl. Mohr 1996, S. 45 ff.):

1. Die Nutzungs- bzw. Verbrauchsrate von erneuerbaren Ressourcen dürfen auf Dauer nicht größer sein als ihre Regenerations- bzw. Neubildungsrate (Gebot der Aufrechterhaltung der ökologischen Leistungsfähigkeit).
2. Die Freisetzung bzw. Emission von Schadstoffen soll sich an der Belastbarkeit der Umweltmedien orientieren und darf nicht größer sein als die Aufnahme- bzw. Abbaufähigkeit der Umwelt. Dies ist vor dem Hintergrund der Knappheit der Tragfähigkeit der ökologischen Systeme bedeutsam.
3. Nicht erneuerbare Ressourcen sollten nur in dem Umfang genutzt werden, als ein physisch und funktionell gleichwertiger Ersatz in Form regenerierbarer Ressourcen geschaffen wird oder dauerhaft nachwächst, der diese anstelle der nicht erneuerbaren in Zukunft ersetzen kann (Substitutionsregel).
4. Das Zeitmaß anthropogener Einträge bzw. Eingriffe in die Umwelt muss in einem ausgewogenen Verhältnis zum Reaktionsvermögen und der Anpassungsfähigkeit der in der Umwelt relevanten natürlichen Prozesse stehen.

Als Voraussetzung zur Realisierung dieser Managementregeln, ihrer Operationalisierung und Bewertung sowie als „*conditio sine qua non*“ zur Erhaltung des Naturvermögens sind effiziente, d.h. weniger ressourcenaufwendige und innovative Maßnahmen notwendig, die auf strategische Handlungsfelder einer zukunftsfähigen Entwicklung verweisen, und zwar auf eine (vgl. Kurz 1998, S. 67)

- *Effizienzrevolution*, die weniger Ressourcenverbrauch pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts (BIP) durch technologische Innovationen und neue Organisationsformen nach sich zieht. Damit einher geht eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch als Bestandteil einer ökologisch verpflichteten sozialen Marktwirtschaft.

- *Suffizienzrevolution*, die weniger Güter und Dienstleistungen pro Kopf bei gleichem Wohlstand durch weniger material- und energieintensive Formen der Bedürfnisbefriedigung ersetzt. Strategisch geht es in erster Linie um Veränderungen der Konsum- und Lebensstile sowie um einen Wertewandel, durch den materieller Wohlstand einen geringeren Stellenwert gegenüber immateriellen Werten bekommen soll (vgl. auch Wuppertal Institut 2005, S. 167)
- *nachhaltige Bevölkerungspolitik*, die eine Senkung der (Welt-)Bevölkerung, insbesondere eine Senkung der Geburtenrate im Blick hat.

Kurz- und mittelfristig am erfolgreichsten scheint – zumindest für Industrieländer – eine Effizienzrevolution zu sein, denn Lebensstile lassen sich nur langsam ändern und gelten im Sinne von Verzichtserklärungen als wenig attraktiv und anschlussfähig an den gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs. Langfristig gesehen sind jedoch eine Suffizienzrevolution sowie eine nachhaltige Bevölkerungspolitik unverzichtbar, um ausreichende natürliche Ressourcen für die Zukunft der Menschheit zu erhalten. Dem entsprechend kann eine nachhaltige Entwicklung nur dann als solche bezeichnet werden, wenn sie den Ökologischen Fußabdruck (vgl. www.footprintnetwork.org/de/) innerhalb eines Landes oder einer Region reduziert. Darüber hinaus wird in diesem Kontext seitens der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft auch das westliche Entwicklungsparadigma des fortwährenden Wirtschaftswachstums zunehmend in Frage gestellt. Vor allem die Vereinnahmung von „nachhaltiger Entwicklung“ als „nachhaltiges Wachstum“, bei der der Schutz der Umwelt unter Wachstumsvorbehalt steht, verhindert alternative Entwicklungsmöglichkeiten für eine Gesellschaft, in der es sich auch ohne ökonomisches Wachstum gut leben ließe (vgl. Seidl/Zahrnt 2010, S. 9 ff.). Vor diesem Hintergrund wird u.a. das Konzept einer „Postwachstumsökonomie“ diskutiert, das eine Wirtschaft bezeichnet, „(...) die ohne Wachstum des Bruttoinlandsprodukts über stabile, wenngleich mit einem vergleichsweise reduzierten Konsum-



niveau einhergehende Versorgungsstrukturen verfügt“ (Paech o.J.). Diese Postwachstumsökonomie grenzt sich von landläufigen, auf Konformität zielende Nachhaltigkeitsvisionen wie z.B. „qualitatives“, „nachhaltiges“, „grünes“, „dematerialisiertes“ oder „decarbonisiertes“ Wachstum ab und erteilt den vielen Versuchen, weiteres Wachstum der in Geld gemessenen Wertschöpfung dadurch zu rechtfertigen, dass deren ökologische „Entkopplung“ kraft technischer Innovationen möglich sei, eine Absage (siehe ebd.).

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung im Rahmen der UN-Weltdekade

Mit der Ausrufung der UN-Weltdekade einer Bildung für nachhaltige Entwicklung für die Jahre 2005-2014 wurde das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung zum maßgebenden Träger einer internationalen Bildungspolitik, bei der mit der Zivilgesellschaft zunehmend weitere Akteursgruppen ins Blickfeld kamen. Bildung wurde daher zu einem der wesentlichsten Faktoren auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gestaltung der Gesellschaft. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung (SRU) griff diese Forderung bereits im Jahre 1994 auf, indem er die *Retinität*, d.h. die Gesamtvernetzung der Kulturwelt mit der Natur, als Schlüsselprinzip des Sustainability-Ethos postulierte (vgl. SRU 1994, S. 45). Kognition, Reflexion, Antizipation und Partizipation werden dabei als wichtige Faktoren ökologisch orientierter Schlüsselkompetenz benannt.

Bezüglich der Implementierung der UN-Weltdekade ist davon auszugehen, dass sie in den von der UNESCO etablierten fünf Weltregionen Afrika, Arabische Staaten, Asien, Europa und Nordamerika sowie Lateinamerika und Karibik in sehr unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Ausprägungen verläuft (vgl. die auf einer internationalen Befragung in fünf Sprachen basierende Evaluationsstudie von Brunold/Ohlmeier, die im Jahr 2014 erscheinen wird). Im regionalen Vergleich haben sich verschiedene Konzepte einer Bildung für nachhaltige Entwicklung herauskristallisiert, wobei auch deren praktische Umsetzung vor dem Hintergrund der länderspezifischen Bildungsinstitutionen und im Hinblick auf ihre politisch-demokratische Bildungswirksamkeit erheblich variieren. Jedoch wird der Dekadenprozess selbst auf staatlicher Ebene sowie in zivilgesellschaftlichen Kontexten nur teilweise als bildungspolitisches Demokratisierungsprojekt im Sinne von „Global- und Good Governance“ verstanden und dementsprechend implementiert (vgl. ebd.).

Es verwundert daher nicht, dass die im internationalen, regionalen und nationalen Kontext beteiligten Akteure an der UN-Dekade bereits ein Jahr vor Ablauf der Dekade zwar auf eine Reihe von Erfolgen verweisen, aber mit dem Gesamtergebnis der notwendigen Implementierung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen der Bildungssysteme nicht zufrieden sein können. Wie die Generalkonferenz der UNESCO im November 2011 und die Rio+20-Konferenz im Juni 2012 gezeigt haben, besteht auf internationaler Ebene Einigkeit darüber, dass Folgeakti-

vitäten zur laufenden Dekade notwendig sind (vgl. Deutsches Nationalkomitee 2013). Die Weichen für diese Aktivitäten werden derzeit gestellt. Es wird ein Weltaktionsprogramm angestrebt, dessen Rahmenvorschlag im Auftrag des Exekutivrats der UNESCO unter Beteiligung relevanter Stakeholder erarbeitet wurde. Dieser Entwurf wird im Herbst 2013 in den Entscheidungsgremien der UNESCO beraten mit dem Ziel, das Weltaktionsprogramm der 69. Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2014 zur Entscheidung vorzulegen, so dass die Folgeaktivitäten ebenfalls auf der UNESCO-Weltkonferenz „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die vom 10. bis 12. November 2014 im Nagoya (Japan) stattfinden wird und den Abschluss der Bildungsdekade markiert, beschlossen werden können (vgl. www.bne-portal.de/un-dekade/folgeaktivitaeten/webseite-zur-weltkonferenz-2014).

Auf bundesrepublikanischer Ebene werden diese Maßnahmen bereits durch den „Bericht der Bundesregierung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (Deutscher Bundestag 2013) flankiert, der ebenso wie das Positionspapier „Zukunftsstrategie 2015+“ des deutschen Nationalkomitees für die UN-Dekade (Deutsches Nationalkomitee 2013) die geplanten Folgeaktivitäten nach dem Ende der Dekade auf verschiedenen Ebenen unterstützt. Darüber hinaus werden die Forderungen des Nationalkomitees mit dem Schwerpunkt „Vom Projekt zur Struktur“ auch von dem zweiten, von der Bundesregierung im Herbst 2012 in Auftrag gegebenen internationalen Bericht („Peer Review“) zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik mit dem Titel „Nachhaltigkeit - Made in Germany. Das zweite Gutachten“ (German Council for Sustainable Development 2013) geteilt. Das internationale Expertengremium empfiehlt in seinem Gutachten u.a. ausdrücklich, die guten Ansätze einer ganzen Reihe erfolgreicher Initiativen und Projekte, die nachhaltiges Denken in die Arbeit von Schulen, Hochschulen und anderen Lernumgebungen zu integrieren suchen, auszuweiten und den Nachhaltigkeitsgedanken systematischer in alle Bildungsstufen hineinzutragen (ebd., S. 85-86).

Die Forderung nach einer politischen Bildung für nachhaltige Entwicklung

Mit der Zusammenführung der umwelt- und entwicklungspolitischen Bildung zum Konzept des Globalen Lernens hat sich die fachwissenschaftliche Auseinandersetzung im Bereich der nachhaltigen Entwicklung inzwischen institutionell etabliert. Allerdings sind die Gegenstandsfelder globaler Entwicklungsprozesse im Fokus didaktischer Fragestellungen bisher vor allem von den pädagogischen Disziplinen besetzt (siehe exemplarisch Asbrand/ Scheunpflug 2005, Hallitzky/Mohrs 2005 sowie Seitz 2002), und auch staatlich geförderte Projekte zur Implementierung von Inhalten nachhaltiger und globaler Entwicklung in schulischen und außerschulischen Kontexten werden überwiegend von erziehungswissenschaftlichen Akteuren koordiniert (so z.B. die BLK-Programme „21“ und „Transfer 21“ sowie die Umsetzung der UN-Dekade zur Bildung für nachhaltige Entwicklung, – siehe www.transfer-21.de und www.bne-portal.de), so dass hier insgesamt die politischen Implikationen, die u.a. mit globalen Problemlagen auf das Engste verbunden sind, zu wenig berücksichtigt erscheinen. Die Nachhaltigkeitsdebatte legt es deshalb nahe, Bildung für nachhaltige Entwicklung explizit als *politische* Bildung zu verstehen, denn hierbei handelt es sich um ein Verständnis von politischer Bildung, das ein vom Nachhaltigkeitsprinzip geprägtes Demokratieverständnis favorisiert. Dies geht nicht zuletzt mit dem Leitbild des *interventionsfähigen Bürgers* (vgl. Ackermann 1999) einher, jedoch aber auch noch deutlich darüber hinaus, da die Kompetenz zu multiperspektivischer Sichtweise globaler Herausforderungen dezidiert Partizipations- und Interventionsfähigkeiten erfordert, welche weit über die Grenzen des Nationalstaates hinausgehen. Damit gerät letztlich das Modell des *mündigen Weltbürgers* in den Blick, der sich der Formen und Zielkonflikte der politischen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Werteorientierung und ihrer Interessen in der Weltgesellschaft bewusst ist und in der Lage ist, zukunftsorientiert und verantwortungsgerecht eigene und gemeinwohlorien-

tierte Handlungskompetenzen für sein bürgerschaftliches und zivilgesellschaftliches Engagement im lokalen und gleichermaßen globalen Maßstab zu nutzen (vgl. das im Kontext einer Bildung für nachhaltige Entwicklung formulierte Leitmodell *politisch-demokratischer Bürgerkompetenzen*, in Brunold 2009, S. 318). ◆

Literatur

- Ackermann, P.: Der interventionsfähige Bürger als zukunftsfähiges Leitbild. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.): Der Bürger im Staat. Auf dem Wege zur Zivilgesellschaft – 50 Jahre Bundesrepublik. Stuttgart 1999, S. 170-173.
- Asbrand, B.; Scheunpflug, A.: Globales Lernen. In: Sander, W. (Hg.): Handbuch politische Bildung. Schwalbach/Ts. 2005, S. 469-484.
- Brunold, A.: Politische Bildung für nachhaltige Entwicklung und das Konzept des Globalen Lernens. In: Oberreuter, H. (Hg.): Standortbestimmung Politische Bildung. Schwalbach/Ts. 2009.
- Brunold, A.; Ohlmeier, B.: Politische Bildung für nachhaltige Entwicklung im Rahmen der Dekade der Vereinten Nationen von 2005 bis 2014 – eine Evaluationsstudie (erscheint 2014 im Springer VS).
- Deutsches Nationalkomitee der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“: Positionspapier „Zukunftsstrategie BNE 2015+“. Stand Juni 2013, - online unter: www.bne-portal.de/un-dekade/folgeaktivitaeten/positionspapier-zukunftsstrategie-2015/ (06.10.2013).
- Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14325 v. 03.07.2013. Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages (Hg.): Schutz des Menschen und der Umwelt. Die Industriegesellschaft gestalten. Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen. Bonn 1994.
- German Council for Sustainable Development: Sustainability – Made in Germany. The Second Review by a Group of International Peers, commissioned by the German Federal Chancellery. Berlin 2013.

Nachhaltigkeit lernen



- Hallitzky, M.; Mohrs, T. (Hrsg.): Globales Lernen. Schulpädagogik für WeltbürgerInnen. Baltmannsweiler 2005.
- Kurz, R.: Von der sozialen Marktwirtschaft zur öko-sozialen Marktwirtschaft. Nachhaltige Entwicklung als gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderung. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.): Der Bürger im Staat. Nachhaltige Entwicklung. Stuttgart 1998.
- Mohr, H.: Wieviel Erde braucht der Mensch? Untersuchungen zur globalen und regionalen Tragkapazität. In: Kastenholz, H.; Erdmann, K.-H.; Wolff, M. (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Zukunftschancen für Mensch und Umwelt. Berlin 1996, S. 45-60.
- Paech, N.: Grundzüge einer Postwachstumsökonomie, online unter: www.postwachstumsökonomie.de/html/paech_grundzuge_einer_postwach.html (06.10.2013).
- Seidl, I./Zahrnt, A. (Hg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg 2010.
- Seitz, K.: Bildung in der Weltgesellschaft. Gesellschaftstheoretische Grundlagen globalen Lernens. Frankfurt/M. 2002.
- SRU / Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung (Hg.): Umweltgutachten 1994. Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung. Bundestagsdrucksache 12/6995. Stuttgart 1994.
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (Hg.): Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. München 2005.
- www.bne-portal.de (06.10.2013).
- www.transfer-21.de (06.10.2013).